

Die Zukunft der NATO: Auflösung oder Wandel?

Wer argumentiert, dass die NATO auf eine schrittweise Auflösung zusteuert, kann konkrete Belege anführen und nicht nur auf Eindrücke verweisen.



15. Juli 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Auf dem Weg nach Ankara 2026

Am 7. und 8. Juli trafen sich in Ankara die Staats- und Regierungschefs der 32 Mitgliedsländer der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) zum 36. Gipfeltreffen in der Geschichte der NATO. Dass die Türkei als Austragungsort gewählt wurde, ist keine reine Protokollfrage, und es ist auch kein Zufall, dass Ankara – nach Istanbul im Jahr 2004 – bereits zum zweiten Mal Gastgeber der Organisation war. Schon der Ort spricht Bände: Ein Bündnis, das gegründet wurde, um die Grenze Mitteleuropas gegen die Sowjetunion zu verteidigen, diskutiert nun über seine Zukunft in der Hauptstadt jenes Landes, das mehr als jedes andere Mitglied die Spannung zwischen seiner atlantischen Ausrichtung und seinem Streben nach regionaler Autonomie verkörpert.

Dieser Artikel versucht, eine Frage zu beantworten, die bis vor zwei Jahren in atlantistischen Kreisen noch fast provokativ gewirkt hätte, heute jedoch in Foren wie dem Carnegie Endowment oder dem Atlantic Council offen diskutiert wird: Löst sich die NATO auf, oder wandelt sie sich zu etwas, das sich von ihrer bisherigen Form unterscheidet?

Die Antwort ist, wie so oft in der Geopolitik, nicht eindeutig. Doch gerade aus diesem Grund lohnt es sich, die fünf miteinander verflochtenen Prozesse, die sich im Sommer 2026 abzeichnen, systematisch nachzuzeichnen: die politische und finanzielle Lage des Bündnisses; seine territoriale

Expansion, sowohl formell als auch informell; Ankaras Hinwendung zum Golf; den Rückzug der USA; und die europäische Aufrüstung.

Formal gesehen war die NATO im Jahr 2026 noch nie so groß wie heute: 32 Mitglieder im Vergleich zu den zwölf Gründungsmitgliedern des 1949 in Washington unterzeichneten Nordatlantikvertrags. Inhaltlich durchläuft das Bündnis jedoch eine [Phase der Spaltung und Unsicherheit](#) hinsichtlich seiner strategischen Ausrichtung, gerade während die Verteidigungsausgaben steigen.

Der Gipfel im Juni 2025 in Den Haag hatte diese Zweiteilung bereits angedeutet. Einerseits eine historische Verpflichtung: die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben bis 2035 auf 5 Prozent des BIP anzuheben, was die alte, auf dem Gipfel in Wales 2014 festgelegte Schwelle von 2 Prozent bei weitem übersteigt. Andererseits ein Abschlusskommuniqué von nur fünf Absätzen – im Vergleich zu den neunzig in Vilnius im Jahr 2023 –, in dessen öffentlicher Fassung fast alles ausgelassen wurde, was die Ukraine, Russland und China betraf – Themen, die zu kontrovers waren, um schriftlich festgehalten zu werden, ohne einen Bruch zu riskieren.

Spanien sicherte sich als einziges der zweiunddreißig Mitgliedstaaten eine Ausnahmeregelung vom 5-Prozent-Ziel und legte seine eigene Obergrenze auf 2,1 Prozent des BIP fest; Präsident Pedro Sánchez bezeichnete das Ziel als unverhältnismäßig und unnötig – eine Entscheidung, die ihm direkte Angriffe aus Washington und die Androhung von Handelsvergeltungsmaßnahmen einbrachte. Der spanische Vorfall ist kein nebensächliches Detail: Er zeigt, dass der finanzielle Zusammenhalt des Bündnisses – der als historischer Erfolg dargestellt wird – tatsächlich auf einer Ausnahme beruht, die einem seiner größten Mitglieder gewährt wurde, um am Vorabend des Gipfels eine öffentliche Krise zu vermeiden.

Die finanzielle Gesamtsituation entwickelt sich jedoch weiterhin rasant. Im Jahr 2025 erhöhten die europäischen Bündnispartner und Kanada ihre Verteidigungsausgaben real um fast 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, was einem nominalen Gesamtanstieg von fast 140 Milliarden US-Dollar entspricht. Der gemeinsame Fonds des Bündnisses, aus dem Infrastruktur sowie Führungs- und Leitstrukturen finanziert werden, spielt im Vergleich zu den nationalen Haushalten nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle: Er belief sich im Jahr 2026 auf etwa 6,2 Milliarden US-Dollar, wovon die Vereinigten Staaten rund 15 Prozent übernehmen.

Geografische Verschiebung

Der geografische Schwerpunkt des Bündnisses hat sich in den letzten vier Jahren deutlich nach Nordosten verlagert. Finnland und Schweden, die jahrzehntelang neutral gewesen waren, gaben diese Haltung nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine auf: Helsinki trat im April 2023 bei und fügte damit rund 1.340 Kilometer neue direkte Grenze zur Russischen Föderation hinzu, während Stockholm im März 2024 beitrug, nachdem der Beitrittsprozess durch Einwände der Türkei und Ungarns verzögert worden war.

Drei Länder stehen weiterhin offiziell als potenzielle Mitglieder auf der Warteliste: Bosnien-Herzegowina, das als einziges Land seit 2010 einen [Aktionsplan zur Mitgliedschaft](#) (MAP) auf den Weg gebracht hat; Georgien, dessen Weg aufgrund der russischen Besetzung von Abchasien und Südossetien seit Jahren blockiert ist; die Ukraine, die im September 2022 einen formellen Antrag gestellt hat und der bereits auf dem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 – in bewusst vagen Formulierungen – versprochen wurde, sie „in Zukunft“ aufzunehmen.

Für keines der drei Länder scheint ein Beitritt unmittelbar bevorzustehen. Bosnien und Herzegowina bleibt durch das System der Machtteilung zwischen den ethnischen Gruppen und durch die Blockadehaltung des von Moskau offen unterstützten Führers der Republika Srpska, Milorad Dodik, gelähmt. In Georgien ist der Beitrittsprozess nach der Rosenrevolution von 2003 allmählich ins Stocken geraten, da sich Tiflis von einer euro-atlantischen Ausrichtung entfernt hat. Schließlich ist die Ukraine der heikelste Fall: Auf dem Gipfel in Den Haag wurde bewusst darauf verzichtet, konkrete Schritte hinsichtlich ihres Beitritts zu beschließen, gerade um eine interne Spaltung zu vermeiden, während die Trump-Regierung in dieser Frage eine zweideutige Haltung einnimmt.

Neben diesen drei Ländern gehören Zypern und Armenien zu einer differenzierteren Kategorie von Ländern, die zwar Interesse bekundet, dieses aber noch nicht formalisiert haben; beide werden durch spezifische geopolitische Hindernisse zurückgehalten – im ersten Fall durch die türkisch-zyprische Frage, im zweiten durch das Kräfteverhältnis mit Moskau und Baku. Kurz gesagt: Die Erweiterungsstrategie der NATO ist nicht zum Stillstand gekommen; vielmehr hat sie sich ausgeweitet und immer mehr Beitrittskandidaten angehäuft, deren Aufnahme aufgrund des unter den 32 Mitgliedern erforderlichen Konsenses zunehmend schwieriger zu verwirklichen ist.

Wenn es beim Gipfeltreffen im Juli ein wesentliches neues Element gibt, dann ist es nicht die europäische Geografie, sondern die des Nahen Ostens. Die Türkei wird ein Thema auf die Tagesordnung bringen, das sie seit zwanzig Jahren verfolgt, ohne es jemals entscheidend durchsetzen zu können: die Vertiefung der [Istanbuler Kooperationsinitiative](#) (ICI), jenes Forums, das seit 2004 die NATO mit vier Golfstaaten – Bahrain, Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten – verbindet, wobei Saudi-Arabien und Oman nur an ausgewählten Aktivitäten beteiligt sind.

Konkret bedeutet dies, dass die NATO – wie Bloomberg bereits im Mai berichtete – die Außenminister von Bahrain, Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten erstmals zur direkten Teilnahme am Gipfeltreffen in Ankara einladen wird. Grund ist der Konflikt zwischen den USA, Israel und dem Iran, der zu [Spannungen](#) in der Straße von Hormus geführt hat. Dies ist weder eine Einladung zum Beitritt noch ein Schritt in diese Richtung: Die ICI bleibt gemäß ihrer Charta eine unverbindliche Partnerschaft, die auf den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und der Nicht-Auferlegung basiert. Dennoch ist das politische Signal von Bedeutung, da es zu einem Zeitpunkt kommt, an dem die NATO – insbesondere gegenüber Washington – ihre eigene Relevanz über die traditionellen euro-atlantischen Grenzen hinaus unter Beweis stellen will.

Die Absichten der Türkei sind klar. Ankara will sich nicht nur als Gast präsentieren, sondern als Regionalmacht, die in der Lage ist, die Agenda des Bündnisses in Richtung ihrer eigenen Nachbarschaft zu lenken: das Schwarze Meer, den Kaukasus, den östlichen Mittelmeerraum und sogar den Golf. Ihre Rüstungsindustrie – Baykar, TUSAŞ, Roketsan – ist mittlerweile sogar für europäische Verbündete ein etablierter Lieferant, was der Türkei Verhandlungsmacht verleiht, über die sie zum Zeitpunkt des Istanbuler Gipfels 2004 noch nicht verfügte.

Allerdings hat diese Entwicklung auch eine zweite, weniger beruhigende Seite. Während die NATO versucht, ihren Einflussbereich nach Süden auszudehnen, nimmt im Nahen Osten gleichzeitig eine alternative und informelle Sicherheitsarchitektur Gestalt an – gefördert von Israel: das, was Ministerpräsident Netanjahu als eine Art [strategisches Sechseck](#) bezeichnet hat, das Israel durch maritime, technologische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Indien, Griechenland, Zypern und anderen regionalen Partnern verbinden würde.

Kurz gesagt: Die Golfstaaten entscheiden sich nicht bewusst dafür, in den atlantischen Einflussbereich einzutreten; vielmehr diversifizieren sie ihre Optionen und halten sich mehrere Kanäle offen – NATO, Vereinigtes Königreich, Türkei, Pakistan –, ohne sich ausschließlich auf einen davon festzulegen. „Ankara 2026“ läuft daher Gefahr, eher eine Absichtserklärung zu sein als eine echte strukturelle Umgestaltung des Bündnisses.

Europäische Aufrüstung, amerikanische Befürchtungen

Der Gipfel in Ankara fand im langen Schatten einer Anfang Mai getroffenen Entscheidung statt: Das Pentagon kündigte auf Anordnung von Kriegsminister Pete Hegseth den Abzug von etwa 5.000 US-Soldaten aus Deutschland innerhalb von sechs bis zwölf Monaten an – der erste Abzug dieser Größenordnung seit Trumps nie vollendetem Versuch während seiner ersten Amtszeit.

Der Gipfel in Ankara fand im langen Schatten einer Anfang Mai getroffenen [Entscheidung](#) statt: Das Pentagon kündigte auf Anordnung von Kriegsminister Pete Hegseth den Abzug von etwa 5.000 US-Soldaten aus Deutschland innerhalb von sechs bis zwölf Monaten an – der erste Abzug dieser Größenordnung seit Trumps nie vollendetem Versuch während seiner ersten Amtszeit.

Unmittelbarer Auslöser waren die Spannungen zwischen Washington und dem deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz, der die Vorgehensweise der USA im Krieg gegen den Iran kritisiert und als „Demütigung“ für die USA bezeichnet hatte. Trump reagierte darauf, indem er Merz aufforderte, sich um die Angelegenheiten seines eigenen Landes zu kümmern, anstatt sich „einzumischen“, und bezeichnete die NATO bei mehreren Gelegenheiten weiterhin als „Papiertiger“. Doch der Abzug ist nicht nur eine politische Vergeltungsmaßnahme: Er ist Teil einer umfassenderen Überprüfung der militärischen Präsenz der USA in Europa, die durch innenpolitische Haushaltszwänge und die zunehmende Priorisierung des indopazifischen Raums vorangetrieben wird.

[General Alexis Grynkewich](#), Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa bestätigte Ende Mai, dass Europa mit weiteren Truppenabzügen rechnen müsse, und beschrieb die Umgruppierung der US-Streitkräfte als einen Prozess, der „über mehrere Jahre“ andauern werde, parallel zur Stärkung der europäischen Säule des Bündnisses. Neben dem Truppenabbau gibt es für die an der Ostflanke stationierten Bündnispartner ein dringenderes Problem: Das Pentagon hat gewarnt, dass sich Waffenlieferungen verzögern werden, da die Vereinigten Staaten nach ihren Militäroperationen gegen den Iran ihre Bestände wieder auffüllen müssen. Zu den Ländern, die auf bereits bestellte HIMARS- und NASAMS-Systeme warten, gehören das Vereinigte Königreich, Polen und Litauen, während die Ukraine mit einem kritischen Mangel an Patriot-Abfangraketen konfrontiert ist.

Das beunruhigendste Signal für die europäischen Hauptstädte betrifft jedoch nicht Deutschland, sondern vielmehr die Mitte Mai erfolgte Aussetzung der Rotation der 2. Panzerbrigade nach Polen: 4.000 Soldaten befanden sich bereits in einem fortgeschrittenen Vorbereitungsstadium, und Fahrzeuge waren auf dem Weg zur Suwałki-Lücke – dem Korridor, der aufgrund seiner Nähe zur russischen Exklave Kaliningrad als der verwundbarste Abschnitt der gesamten Ostflanke gilt. Es ist das erste Mal, dass ein Einsatz gestoppt wurde, während die Ausrüstung bereits unterwegs war, und mehrere Analysten haben dies als echten Test für die Widerstandsfähigkeit der europäischen strategischen Autonomie gewertet.

Darüber hinaus kursieren Gerüchte über eine tiefgreifendere Überprüfung des diplomatischen Engagements der USA gegenüber ihren europäischen Verbündeten, darunter Spekulationen – über die

berichtet wurde, die jedoch nicht offiziell bestätigt sind – über eine Neubewertung der US-Unterstützung für die Überseegebiete bestimmter europäischer Länder und sogar über den Ausschluss Spaniens aus dem Bündnis. Unabhängig davon, ob diese Gerüchte im genauen Wortlaut zutreffend sind oder nicht, spiegeln sie ein Klima wider, in dem nichts in den Beziehungen zwischen Washington und seinen historischen Verbündeten mehr als selbstverständlich erscheint.

Die europäische Reaktion auf den schrittweisen Rückzug der USA hat bislang in Form einer finanziellen Verpflichtung Gestalt angenommen, die in der Geschichte des Bündnisses beispiellos ist. Das [Haager Abkommen](#) vom Juni 2025 sieht einen zweigleisigen Ansatz vor: Mindestens 3,5 Prozent des BIP werden für die eigentlichen militärischen Fähigkeiten bereitgestellt – Truppen, Ausrüstung und mit der NATO vereinbarte Leistungsziele –, und bis zu weitere 1,5 Prozent für kritische Infrastruktur, Cyberabwehr, zivile Widerstandsfähigkeit und die Verteidigungsindustrialbasis.

Deutschland ist das symbolträchtigste Beispiel für diesen Wandel: Im Jahr 2025 änderte der Bundestag das Grundgesetz, um die verfassungsrechtliche Schuldenbremse zu lockern, und ebnete damit den Weg für eine Erhöhung der Militärausgaben, die nach Prognosen der Regierung Merz bis 2027 voraussichtlich 3 Prozent des BIP übersteigen werden – eine Schwelle, die noch vor wenigen Jahren für ein Land, das Haushaltsdisziplin zu einem prägenden Merkmal seiner Nachkriegsidentität gemacht hatte, undenkbar gewesen wäre.

Schon vor dem Gipfel in Den Haag hatte Polen seine Ausgaben auf 4,7 Prozent des BIP erhöht – den höchsten Prozentsatz unter den europäischen Verbündeten; die baltischen Republiken, die der russischen Bedrohung stärker ausgesetzt sind als alle anderen, drängten darauf, dass das neue Ziel verbindlich und nicht nur indikativ sein sollte. Das Vereinigte Königreich unter Keir Starmer hat sich verpflichtet, bis 2035 5 Prozent zu erreichen, wobei die gleiche Aufteilung von 3,5 zu 1,5 [gemeinsam vereinbart wurde](#).

Es bleiben jedoch zwei Problemkomplexe bestehen, die durch die bloße Ankündigung des 5-Prozent-Ziels nicht gelöst werden. Der erste ist finanzieller Natur: Mehrere der großen Volkswirtschaften des Bündnisses – Frankreich, Italien – sind bereits mit einer Staatsverschuldung konfrontiert, die von Ratingagenturen als problematisch eingestuft wird, und die Finanzierung einer Verdopplung der Militärausgaben, ohne die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden, wird unpopuläre politische Entscheidungen erfordern, nicht nur Absichtserklärungen.

Der zweite Komplex ist industrieller Natur: Eine Aufstockung der Mittel bedeutet nicht automatisch eine Steigerung der tatsächlichen Fähigkeiten, wenn die europäischen Produktionsketten fragmentiert bleiben und teilweise von US-amerikanischen Komponenten und Technologien abhängig sind.

Der bereits erwähnte Fall Spaniens zeigt zudem, dass die formale Einstimmigkeit hinsichtlich des 5-Prozent-Ziels tatsächliche Meinungsverschiedenheiten darüber verschleiert, wie und wofür die Mittel ausgegeben werden sollen: Madrid bestreitet zwar nicht die Notwendigkeit, seine Fähigkeiten zu stärken, lehnt jedoch die Vorstellung ab, dass der Prozentsatz des BIP an sich der richtige Maßstab für Sicherheit sei, und spricht lieber von „strategischer Autonomie“ und „besserer“ Mittelverwendung als von bloß höheren Ausgaben. Dies ist ein kleiner, aber realer Riss in der Erzählung von einem geeinten Europa angesichts des Rückzugs der USA.

Was wird also aus der NATO?

Diejenigen, die argumentieren, dass die NATO auf eine schrittweise Auflösung zusteuert, können auf konkrete Beweise verweisen, nicht nur auf bloße Eindrücke. Der Abzug von Truppen aus Deutschland, so begrenzt er zahlenmäßig auch sein mag, geht mit weitaus bedeutenderen politischen Signalen einher: Ein US-Präsident, der das Bündnis öffentlich als „weitgehend überholt“ bezeichnet, der seine Unterstützung für Artikel 5 von zweideutigen Auslegungen abhängig macht und der die militärische Präsenz als Verhandlungsmasse in Handelsstreitigkeiten mit europäischen Verbündeten einsetzt.

Hinzu kommt ein Kommuniqué aus Den Haag, das sich in Bezug auf Russland, China und die Ukraine bewusst zurückhaltend äußert – ein Schweigen, das nach dieser Interpretation nicht Ausdruck diplomatischer Umsicht ist, sondern der Unfähigkeit, einen echten Konsens über Fragen zu erzielen, die einst die Identität des Bündnisses ausmachten. Wenn die NATO nicht mehr gemeinsam feststellen kann, wer die Hauptbedrohung darstellt, so argumentieren die Befürworter dieser These, habe sie ihre ursprüngliche Funktion als strategische Gemeinschaft bereits verloren und sei auf einen rechtlichen Rahmen reduziert worden, der seiner politischen Substanz beraubt ist.

Hinzu kommt das Argument der peripheren Fragmentierung: Die zunehmende Zusammenarbeit Israels mit Indien, Griechenland und Zypern außerhalb der NATO-Kanäle sowie das Streben der Türkei nach autonomem Handlungsspielraum gegenüber dem Bündnis – wie vom türkischen Außenminister Hakan Fidan selbst eingeräumt, der erklärte, niemand könne es sich leisten, „auf Autopilot“ zu agieren, wobei ein einziges Bündnis als Ordnungsprinzip diene – deuten darauf hin, dass einzelne Mitglieder bereits parallele Sicherheitsnetzwerke aufbauen, in Erwartung eines Tages, an dem die atlantische Garantie nicht mehr ausreichen wird.

Die gegenteilige Sichtweise bestreitet keine dieser Tatsachen, interpretiert sie jedoch anders: nicht als Symptome eines Zerfalls, sondern vielmehr als Geburtswehen einer bereits im Gange befindlichen strukturellen Neuordnung. General Grynkewich [drückte es fast in Fachbegriffen aus](#): Während sich die europäische Säule festigt, können die USA Kapazitäten abziehen und sie auf andere globale Prioritäten umlenken, ohne dass dies eine Aufgabe ihrer Abschreckungsrolle bedeutet.

So betrachtet ist der Sprung von 2 auf 5 Prozent des BIP kein kosmetisches Pflaster, sondern der tatsächliche Preis für eine NATO, in der Europa endlich die Hauptverantwortung für seine eigene konventionelle Verteidigung übernimmt, während Washington die Rolle des letztinstanzlichen Garanten und nicht mehr die des Ersthelfers einnimmt. Nach Angaben des Alliierten Befehlshabers selbst haben die baltischen, polnischen und estnischen Streitkräfte bereits eine Bodenkampfkapazität aufgebaut, die deutlich über der für 2022 prognostizierten liegt: Kurz gesagt, die Aufgabenteilung verändert sich bereits in der Praxis und nicht nur in Erklärungen.

Selbst die Annäherung an die Golfstaaten schwächt nach dieser Interpretation das Bündnis nicht, sondern erweitert vielmehr dessen Funktionsumfang und verwandelt einen 1949 gegründeten Territorialverteidigungspakt in eine flexiblere Sicherheitsarchitektur, die in der Lage ist, asymmetrische Partnerschaften einzubeziehen, ohne ihre rechtlichen Grenzen formell zu erweitern. Gerade das Fortbestehen des „türkischen Paradoxons“ – eines unbequemen, aber unverzichtbaren Verbündeten, wie es das Modern War Institute definiert hat – ist ein Beweis dafür, dass die NATO stets in der Lage war, ungelöste Spannungen in ihren Reihen zu bewältigen, ohne auseinanderzufallen.

Schließlich hat die Türkei jahrzehntelange Auseinandersetzungen mit dem Bündnis überstanden, weil dieses sie stets als zu nützlich erachtete, um sie zu verlieren, während Ankara die NATO stets als zu wertvoll empfand, um sie aufzugeben – ein Gleichgewicht, das eher auf gegenseitiger Notwendigkeit als auf ideologischer Affinität beruht, aber gerade deshalb widerstandsfähiger gegenüber den Schwankungen der Innenpolitik einzelner Mitglieder ist.

Bei genauerer Betrachtung sind die beiden Argumente nicht gänzlich unvereinbar. Es ist möglich – ja sogar wahrscheinlich –, dass die NATO des Jahres 2030 formal als rechtliche Struktur und Konsultationsforum weiterbestehen wird, dass sich ihr operativer Schwerpunkt jedoch dauerhaft verlagert haben wird: weniger Washington, mehr europäische Hauptstädte; weniger transatlantischer Automatismus, mehr funktionale Koalitionen mit variabler Geometrie, wofür die Öffnung gegenüber den Golfstaaten ein erstes, noch im Entstehen begriffenes Beispiel darstellt. Dieses Szenario ist weder die von Pessimisten befürchtete Auflösung noch die in offiziellen Erklärungen beschworene beruhigende Kontinuität: Es ist eine dritte Option, für die es noch keinen feststehenden Namen gibt, die aber von einigen Analysten bereits vorläufig als „Europäisierung“ des Bündnisses bezeichnet wird.

Das größte Risiko in diesem Prozess ist weniger ein plötzlicher Zusammenbruch als vielmehr eine schleichende Aushöhlung: ein Bündnis, das zwar weiterhin auf dem Papier existiert, weiterhin Gipfeltreffen abhält und Erklärungen abgibt, dessen Fähigkeit zum kollektiven Handeln jedoch von Gipfel zu Gipfel schwindet – bis zu dem Punkt, an dem die eingangs gestellte Frage nach Wandel oder Auflösung ihre Bedeutung verliert, weil die NATO dann de facto bereits zu etwas geworden sein wird, das sich wesentlich von dem unterscheidet, was sich ihre Gründer 1949 in Washington vorgestellt hatten.

Ankara hat keine endgültige Antwort gegeben, sondern vielleicht nur den nächsten nützlichen Anhaltspunkt, um das Tempo dieses Wandels einzuschätzen.